



Ihre Gesprächspartner:

Franz Molterer, MAS

Mag. Dr. Martin Kamrat LL.M.

Stv. Direktor der AK Oberösterreich

AK-Bezirksstellenleiter Gmunden

**Leistungsbilanz 2010 der AK Gmunden:
Mehr als 4,1 Millionen Euro gesichert**

Pressekonferenz
am 7. Februar 2011, um 10 Uhr,
in der AK-Bezirksstelle Gmunden

Weiterhin große Nachfrage nach AK-Leistungen

Die wirtschaftliche Lage besserte sich 2010 in Oberösterreich. Auch die Situation am Arbeitsmarkt entspannte sich. Dennoch blieb die Nachfrage nach Beratung und Vertretung durch die AK groß.

Oberösterreich war von der wirtschaftlich schlechten Lage 2009 besonders stark betroffen. 2010 besserte sich diese: Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ist gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Prozent zurückgegangen. Aber bei den über 50-Jährigen stieg sie um ein Prozent, bei den Lehrstellensuchenden sogar um 11,1 Prozent. Stark zugenommen hat die Zahl der Leiharbeiter/-innen: Mit November 2010 waren 20.516 in Oberösterreich beschäftigt.

Leiharbeit wird zur Dauereinrichtung

Die Tendenz geht zur Leiharbeit als dauerhafte Erwerbsform. Etwa die Hälfte der vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) befragten Leiharbeiter/-innen gibt an, bereits mindestens vier Jahre in dieser Beschäftigungsform tätig zu sein. 17 Prozent arbeiten sogar seit mindestens zehn Jahren als Leiharbeitnehmer/-in. Die Hälfte der Leiharbeitnehmer/-innen verbringt durchschnittlich mehr als sechs Monate im gleichen Beschäftigerbetrieb, ein Viertel sogar mehr als ein Jahr. Etwa zwei Drittel der Leiharbeitnehmer/-innen streben eine Übernahme durch den Beschäftigerbetrieb an. Bei den Befragten unter 26 beträgt dieser Anteil sogar 75 Prozent. Gleichzeitig schätzen aber 70 Prozent die Chancen einer Übernahme als sehr gering bis eher gering ein. Die Übernahme wird angestrebt, unabhängig davon, ob die eigenen Chancen als groß oder klein eingeschätzt werden.

Leiharbeitnehmer/-innen sind in mehrfacher Hinsicht einem besonderen Druck ausgesetzt. Arbeitnehmerrechte und Schutzbestimmungen werden vielfach nicht eingehalten. Häufig wird Druck zur einvernehmlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses ausgeübt und damit der im Leiharbeiterkollektivvertrag verankerte Kündigungsschutz von mindestens zwei Wochen umgangen. Weitere häufige Probleme: Kündigung während des Krankenstandes, Urlaub muss während Stehzeiten konsumiert werden, nicht korrekte Lohn- und Gehaltsabrechnungen, mündliche Vereinbarungen und falsche Einstufung im Kollektivvertrag.

Mehr als 110 Millionen Euro erkämpft

Insgesamt wurden im Vorjahr 380.277 Beratungen durchgeführt. Den Schwerpunkt bildeten 233.884 arbeits- und sozialrechtliche Beratungen (einschließlich der Lohnsteuerberatungen), gefolgt von 123.367 Konsumenten- und 21.382 Bildungsberatungen, sowie 886 Beratungen im Rahmen der Funktionärebildung und 758 AK-Consult-Beratungen bei betrieblichen Problemen.

110,450.107 Euro an offenen Löhnen und Gehältern wurden 2010 in arbeits- und sozialrechtlichen oder in Insolvenzverfahren für Mitglieder der AK Oberösterreich erkämpft. In 19.016 Fällen vertrat die AK ihre Mitglieder vor dem Arbeits- und Sozialgericht. Der Vertretungserfolg im Arbeitsrecht stieg gegenüber 2009 auf 18,119.133 Euro (Zuwachs von 29,4 Prozent), im Sozialrecht (Zugang zur Pension, vor allem zur Invaliditätspension) stieg der Vertretungserfolg auf 38,050.226 Euro – ein Zuwachs um 7,3 Prozent.

Um eine breite Öffentlichkeit auf die zahlreichen Arbeitsrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, hat die AK Oberösterreich im Jänner 2011 zum dritten Mal das „Schwarzbuch Arbeitswelt“ herausgegeben. Das Medienecho darauf war außergewöhnlich groß. Viele positive Reaktionen unterstreichen: Es ist keineswegs ein Kavaliersdelikt, wenn Unternehmen die Rechte der Beschäftigten ignorieren und damit wirtschaftlich Abhängige schädigen.

Nach Ansicht der Wirtschaftsforscher/-innen und Politiker/-innen ist die Krise der Jahre 2008 und 2009 bereits überwunden: Die Wirtschaft soll stärker wachsen als vorhergesagt. Die Arbeitnehmer/-innen empfinden ihre Situation aber anders: Ihre Arbeitszufriedenheit beträgt derzeit 107 Indexpunkte – drei Punkte weniger als noch im Frühjahr 2010 und fünf Punkte weniger als der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2007. Der Arbeitsklima Index liegt somit auf dem tiefsten Wert seit 2006.

AK fordert mehr Fairness

Konsequent tritt die AK für mehr Fairness in der Arbeitswelt ein. Weil die Leiharbeitsbranche bei der Verletzung von Beschäftigtenrechten im Spitzenfeld liegt, hat die Vollversammlung der AK Oberösterreich im November 2010 einstimmig einen Forderungskatalog beschlossen, um die Rechte der Leihar-

beitskräfte zu stärken. Die AK fordert vom Wirtschaftsminister und den Parlamentsparteien unter anderem, den betrieblichen Beschäftigtenanteil an Leiharbeitskräften auf zehn Prozent zu beschränken, für Leiharbeitskräfte die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung zu erhöhen sowie einen durch den Betriebsrat des Beschäftigterbetriebes erzwingbaren Sozialplan auch bei Massenkündigung von Leiharbeitskräften einzuführen.

Darüber hinaus verlangt die AK gerechtere allgemeine Rahmenbedingungen: So sollen die Unternehmen zu verständlichen Lohnabrechnungen verpflichtet, kurze Verfallsfristen (vor allem für die Abgeltung geleisteter Überstunden) abgeschafft und unfaire Arbeitsvertragsklauseln (etwa Pauschalermächtigungen des Arbeitgebers zur Dienstortveränderung) verboten werden.

Ausdrücklich begrüßt die AK Oberösterreich das neue Gesetz gegen Sozialdumping, das am 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten wird. Es stellt einen echten Meilenstein beim Kampf gegen gravierende Missstände in der Arbeitswelt dar.

Vertrauen in die AK sehr hoch

Die Zufriedenheit der Mitglieder mit der AK liegt seit Jahren auf einem hohen Niveau – ein Beleg für die Kompetenz und Professionalität der AK-Mitarbeiter/-innen. Eine repräsentative IFES-Umfrage im Dezember 2010 ergab, dass 90 Prozent der Befragten die Arbeiterkammer für eine wichtige und mehr als zwei Drittel davon für eine „sehr wichtige Interessenvertretung“ halten. 61 Prozent der Mitglieder hatten bereits Kontakt mit der AK, am häufigsten per Telefon (47 Prozent). 90 Prozent von ihnen waren mit dem Kontakt zufrieden, 57 Prozent sogar „sehr zufrieden“.

Auch insgesamt ist das Vertrauen in die Arbeiterkammer von einem ohnehin schon sehr hohen Wert weiter gestiegen: Auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 5 (großes Vertrauen) erhält sie von ihren Mitgliedern den Mittelwert 3,62 und liegt damit vor der Gebietskrankenkasse (Mittelwert 3,55) und deutlich vor der oberösterreichischen Landesregierung (3,05) und der Wirtschaftskammer (3,27).

Im Oktober 2010 veröffentlichte das Linzer market Institut eine Studie, zu welchen Institutionen die Österreicher/-innen am meisten Vertrauen haben: Mit 79 Prozent Zustimmung liegt die Arbeiterkammer sogar vor dem Bundespräsidenten (70 Prozent).

AK Gmunden – eine starke Partnerin

Die AK Gmunden ist eine starke Partnerin für ihre Mitglieder. Das bestätigt die Bilanz 2010. Schwerpunkt war auch für die AK Gmunden der Kampf gegen die Krise und ihre Folgen. Tausende Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk haben im Vorjahr Rat und Hilfe gesucht.

Das Jahr 2010 im Bezirk Gmunden

Im Bezirk Gmunden hat die Arbeiterkammer rund 36.000 Mitglieder. Diese Arbeitnehmer/-innen sind sowohl in kleinen und mittleren Handels- und Gewerbebetrieben als auch größeren Industriebetrieben beschäftigt.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk ist gegenüber dem Vorjahr gegenüber dem krisenbedingten Rekordwert des Vorjahres erfreulicherweise um 7,7 Prozent zurückgegangen und beträgt nunmehr 4,7 Prozent. Das entspricht exakt der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in Oberösterreich und liegt deutlich unter der Österreichquote von 6,9 Prozent.

Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 2483 Personen arbeitsuchend gemeldet. 609 davon waren jünger als 24 Jahre. Die Arbeitslosigkeit junger Menschen ist damit gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

Insgesamt mussten 2010 im Bezirk Gmunden 39 Unternehmen Insolvenz anmelden. Von diesen Insolvenzen waren 249 Arbeitnehmer/-innen betroffen.

9000 Rechtsberatungen

In 9008 Fällen haben sich AK-Mitglieder 2010 mit arbeits- und sozialrechtlichen Fragen an die Arbeiterkammer Gmunden gewandt. Vor allem die telefonische Rechtsberatung hat sich wieder bestens bewährt. Dem Großteil der 5619 Anrufer/-innen wurde sofort geholfen.

Zu einem persönlichen Beratungsgespräch sind im Vorjahr 3024 Arbeitnehmer/-innen in die Bezirksstelle Gmunden gekommen. Die meisten Fragen wurden zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen und den damit verbundenen Ansprüchen gestellt. Auch Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Urlaub, Lehrverhältnisse und Altersteilzeit waren häufige Themen.

Der regionalen Zweiteilung des Bezirkes entsprechend, bietet die AK Gmunden einen wöchentlichen Sprechtag auch im Herzen des Salzkammerguts, in Bad Ischl, an.

Mehr als 4,1 Millionen Euro Vertretungserfolg

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen kam zur Beratung die Vertretung. Durch außergerichtliche Interventionen wurden im Vorjahr 266.325 Euro an vorenthaltenem Entgelt eingebracht.

In zahlreichen Fällen musste die AK Gmunden wieder bis vor das Arbeits- und Sozialgericht gehen, damit die Betroffenen ihr Geld erhielten. 515.404 Euro wurden auf diesem Weg erkämpft. Dabei ging es hauptsächlich um offene Löhne und Gehälter, aber auch um Sonderzahlungen, Überstundenentgelte und Abfertigungsansprüche. Hinzu kommen die Beträge, die bei Insolvenzvertretungen für Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk durchgesetzt wurden: 2010 machte dies 3.337.901 Euro aus.

Damit hat die AK Gmunden im Vorjahr für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 4.119.630 Euro erreichen können. Das ist gegenüber 2009 eine Steigerung um fast eine Million Euro!

Die überwiegende Mehrheit der Fälle betrafen Ungereimtheiten mit der Endabrechnung nach Beendigung eines Dienstverhältnisses. Fehlende Lohnbestandteile, Überstundenzuschläge, anteilige Sonderzahlungen und Abfertigungen mussten in vielen Fällen von der AK nachgefordert werden. Auch mit der verspäteten Bezahlung von Löhnen und Gehältern hatten Arbeitnehmer/-innen im Vorjahr zu kämpfen. Oft wurden die Ansprüche erst nach Intervention durch die AK abgerechnet und beglichen.

Aber auch das außergerichtliche Einschreiten der AK genügt nicht immer: Manche Unternehmen bleiben trotzdem alles schuldig. Dann müssen die Ansprüche beim Arbeits- und Sozialgericht eingeklagt werden. Und selbst nach einem rechtskräftigen Urteil ist keineswegs sicher, dass bezahlt wird. In einigen Fällen kommen die Arbeitnehmer/-innen nur zu ihrem Geld, wenn die AK ein Exekutionsverfahren ankündigt oder einleitet.

Beispiele aus der Vertretungspraxis

Immer wieder bleiben Unternehmen bei Beendigung von Dienstverhältnissen ihren Bediensteten Geld schuldig. Ein Mechaniker war dreieinhalb Jahre lang bei einer Autowerkstatt im Bezirk Gmunden beschäftigt. Nachdem er selbst gekündigt hatte stellte er mit Erstaunen fest, dass ihm sein ehemaliger Arbeitgeber für die letzten eineinhalb Monate nur 985 Euro Lohn ausbezahlt hatte. Die Arbeiterkammer Gmunden intervenierte, das Unternehmen zahlte daraufhin rund 2200 Euro. Allerdings behauptete die Firma weiterhin, dass man rund 500 Euro einbehalten müsse, weil der Mechaniker eine Ausbildung erhalten und darüber hinaus noch einen Schaden verursacht habe. Die AK wies die Firma daraufhin, dass ohne schriftlichen Vertrag keine Ausbildungskosten zurückverlangt werden dürfen. Außerdem war der behauptete Schaden nicht nachgewiesen. Erst nach einer Klagsandrohung zahlte das Unternehmen.

Gleich in zwei Fällen musste die AK Gmunden für einen gekündigten Arbeitnehmer intervenieren, damit dieser zu dem ihm zustehenden Entgelt kam. Dank AK-Hilfe erhielt er insgesamt fast 9700 Euro nachgezahlt. Der Schlosser war nach 15 Dienstjahren in einem Betrieb der chemischen Industrie im Salzkammergut gekündigt worden. Zuerst blieb ihm die Firma rund 860 Euro Urlaubszuschuss schuldig. Erst nach einer schriftlichen Zahlungsaufforderung durch die AK überwies die Firma das zu Unrecht einbehaltene Geld. Kurz darauf zahlte sie auch die fälligen Abfertigungsraten nicht. Diesmal musste die AK mit Klage drohen, bevor die Firma einlenkte. Auf eine Gerichtsverhandlung wollte sich der Dienstgeber dann doch nicht einlassen und zahlte daher die ausstehende Abfertigung in Höhe von 8800 Euro nach.

Mehr als ein Fünftel aller Arbeitnehmer/-innen, die von der AK beraten oder vertreten wurden, kamen wie schon in den vergangenen Jahren aus dem Gastgewerbe. Zwei Tage nachdem sie ihre Schwangerschaft bekannt gegeben hatte, wurde eine geringfügig beschäftigte Bedienerin von einem Hotel im Bezirk

Gmunden wiederrechtlich gekündigt. Selbst ein ärztliches Attest und der Verweis auf ihren gesetzlichen Kündigungsschutz nützten nichts. Trotz eindeutiger Rechtslage musste die Frau mit Hilfe der AK durch zwei Gerichtsinstanzen gehen und bekam jedes Mal Recht. Sie bekam eine Kündigungsentschädigung von 4526 Euro zugesprochen.

Regional- und Interessenpolitik

Neben der Wahrung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bezirkes Gmunden in arbeits- und sozialrechtlichen Belangen kümmert sich das Team der AK Gmunden auch um die regionalpolitischen Interessen der Bevölkerung des Bezirkes. So ist die AK-Bezirksstelle Mitglied des „Runden Tisches zum Weltkulturerbe des Landes OÖ“ sowie des „Runden Tisches der Sozialpartner des Bezirkes Gmunden“

Letzterer beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Bildung zu den Menschen bringen“. Im Jahr 2010 hat der „Runde Tisch“ einen Online-Bildungskalender installiert sowie dafür gesorgt, dass Bildungsbeauftragte in den einzelnen Gemeinden als erste Ansprechpersonen für Bildungsfragen zur Verfügung stehen und Angebot und Nachfrage zusammenführen. Der Arbeitskreis „Arbeit und Soziales“, beschäftigt sich mit wichtigen Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, Beschäftigung von Frauen, Älteren Arbeitnehmer/-innen und Integration.

Die Bezirksstelle Gmunden wirkt darüber hinaus in zahlreichen Projekten mit dem Regionalmanagement Vöcklabruck und Gmunden mit und übernimmt auch Agenden in den beiden Leader-Vereinen, die im Interesse der Arbeitnehmer/-innen liegen.

Das von der AK-Bezirksstelle gegründete Jugendnetzwerk Salzkammergut hat auch im Jahr 2010 zahlreiche Impulse in Sachen Jugendbeschäftigung gesetzt. So wurden unter anderem im Zuge des Projektes „REBE“ (Regionale Berufs- und Ausbildungschancen für Jugendliche) Bedürfnisse, Verbesserungsvorschläge und der Nachwuchskräftebedarf der Unternehmen in der Region erhoben. Ziel ist die Optimierung des regionalen Ausbildungsangebotes und der Berufschancen für junge Menschen.

Das Netzwerk war federführend bei der Gründung von „work4you“, eines eigenen Zentrums für individuelle Berufsvorbereitung in der Gemeinde Kirchham, das 2010 offiziell eröffnet wurde und seinen Vollbetrieb aufnahm. Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren mit sozial-emotionalem Förderbedarf werden dort durch spezielle Förderungen beim Übertritt ins Erwerbsleben unterstützt. Vielen Jugendlichen mit Problemen beim Start ins Berufsleben konnten überdies durch persönliches Engagement von Aktivist:innen des Jugendnetzwerkes Lehrstellen in renommierten Betrieben des Bezirkes vermittelt werden.

Weiterbildung

Insgesamt 318 Kurse zur beruflichen Weiterbildung, Persönlichkeitsentwicklung und sinnvollen Freizeitgestaltung hat die Volkshochschule der AK (VHS) im vergangenen Jahr im Salzkammergut durchgeführt. 3042 Personen nahmen daran insgesamt teil. Das bfi hat in der Region Salzkammergut (Gmunden, Bad Ischl, Bad Goisern Vöcklabruck und Mondsee) 42 Kurse vorwiegend zur beruflichen Aus- und Weiterbildung durchgeführt, insgesamt nahmen 296 Personen daran teil. 29 weitere BFI-Kurse mit insgesamt 1254 Teilnehmern wurden in Zusammenarbeit mit dem AMS angeboten, um eine Abstimmung auf die Erfordernisse des regionalen Arbeitsmarktes zu gewährleisten.

Bildungsberatung

Antworten auf alle Fragen rund um das Thema Weiterbildung gibt es ebenfalls in der AK-Bezirksstelle Gmunden. Unsere persönliche und individuelle Bildungsberatung steht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jeden zweiten Mittwoch von 15 bis 17 Uhr nach vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. Im vergangenen Jahr haben 45 Personen dieses Service genutzt.

AK Gmunden im Internet

Immer mehr Arbeitnehmer/-innen nutzen das weltweite elektronische Netz. Alle 13 Bezirksstellen der AK sind deshalb auch im Internet vertreten. Unter www.arbeiterkammer.com/gmunden ist das gesamte Leistungsangebot der AK Gmunden zu finden. Die Zugriffe auf die AK Bezirkshomepage steigen ständig, allein im Vorjahr um mehr als 30 Prozent auf mehr als 8000.

AK Gmunden – Serviceangebot

Öffnungszeiten

Montag bis Donnerstag: 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Freitag: 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr

Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten

Persönlich: während der Öffnungszeiten.

Um Terminvereinbarung

unter der Telefonnummer 050/6906-4412

wird gebeten. Damit werden

längere Wartezeiten vermieden.

Telefonisch: während der Öffnungszeiten

und am Dienstag bis 19.00 Uhr

unter der Telefonnummer 050/6906-1 –

aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif.

Bildungsberatung

Persönlich: jeden zweiten Mittwoch

zwischen 15 und 17 Uhr

nach vorheriger Terminvereinbarung

unter der Telefonnummer 050/6906-4412 –

aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif.

Unsere Adresse

Herakhstraße 15, 4810 Gmunden

Tel: 050/6906 - 4412 (aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif)

Fax: 050/6906 - 4499

E-Mail: gmunden@akoee.at

Homepage: www.arbeiterkammer.com/gmunden